

Kommentar Wirtschaftspolitik

2014/28 | 17. Dezember 2014

Prioritäten der europäischen Wirtschaftspolitik für 2015

Mit der Veröffentlichung des Jahreswachstumsberichts wurde der jährliche Zyklus der wirtschaftspolitischen Koordinierung auf europäischer Ebene eingeleitet. Die Schaffung von Wachstum und Beschäftigung in Europa steht an oberster Stelle. Die Europäische Kommission (EK) empfiehlt den Mitgliedstaaten, koordinierte Investitionsimpulse zu setzen, Strukturreformen voranzutreiben und die öffentlichen Haushalte weiter zu konsolidieren. Österreich sollte sich bei der Gestaltung seiner Wirtschaftspolitik an diesen Prioritäten orientieren. Der Vorschlag zur Aufwertung des Europäischen Semesters zur besseren Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen ist aus Sicht der WKÖ positiv.

Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung auf EU-Ebene

Die Wirtschaftspolitik und insbesondere die Fiskalpolitik bleiben weiterhin Kompetenz der Mitgliedstaaten, wengleich die Maßnahmen zu einer besseren Koordinierung auf europäischer Ebene in den letzten Jahren verstärkt wurden. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat deutlich gezeigt, dass eine stärkere Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaftspolitik insbesondere unter den Ländern der Eurozone notwendig ist. Durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt setzt die EU gemeinsame Defizit- und Verschuldungsregeln durch, vor allem in diesem Bereich wurden zuletzt neue Steuerungsinstrumente geschaffen¹. In jenen Bereichen der Wirtschaftspolitik, in denen derzeit große strukturelle Herausforderungen bestehen (u.a. Pensionen, Sozialsysteme, Gesundheit, Verwaltung), beschränkt sich die Rolle der EU auf die Koordinierung und das Aussprechen von Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters.

Jahreswachstumsbericht: Wirtschaftspolitische Prioritäten für 2015

Die EK hat Ende November ihre Empfehlungen zur europäischen Wirtschaftspolitik für das Jahr 2015 im Rahmen des Jahreswachstumsberichts vorgelegt². Wengleich es keine Einheitslösung für alle Mitgliedsstaaten gibt, hebt die EK insbesondere drei Prioritäten hervor:

- (1) *Koordinierte Investitionsimpulse*: Die Ankurbelung der Investitionen in Europa hat oberste Priorität. Dazu hat die EK Ende November die Schaffung eines europäischen Fonds für strategische Investitionen vorgeschlagen. Das Investitionsklima soll verbessert und regulatorische Engpässe sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene beseitigt werden.
- (2) *Strukturreformen*: Die EK empfiehlt den Mitgliedstaaten, sich auf Schlüsselreformen zu konzentrieren. Die Anforderungen sind nach Mitgliedstaaten unterschiedlich, die EK nennt als Kernbereiche aber insbesondere Reformen zur Stärkung der Dynamik auf den Arbeitsmärkten, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Modernisierung der Pensions- und Sozialsysteme, flexiblere Waren- und Dienstleistungsmärkte sowie effizientere öffentliche Verwaltungen.
- (3) *Verantwortungsvolle Haushaltspolitik*: Die EK plädiert für eine verantwortungsvolle und wachstumsfreundliche Haushaltspolitik, die mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt im Einklang steht. Länder mit einem größeren haushaltspolitischen Spielraum sollen die Inlandsnachfrage fördern, öffentliche Mittel sollen effizient und nachhaltig verwendet werden.

¹ Six-Pack (2011), Two-Pack (2013), Fiskalpakt (2013)

² Jahreswachstumsbericht 2015: http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/2015/ags2015_de.pdf

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

Autoren:
Mag.(FH) Katja Senger M.A.
+43 (0)5 90 900-4216
katja.senger@wko.at

Mag. (FH) Marlene Gündler
Stabsabteilung EU-Koordination
+43 (0) 5 90 900-4435
marlene.quendler@wko.at

Mag. Edda Knittel
Stabsabteilung EU-Koordination
+43 (0) 5 90 900-4198
edda.knittel@wko.at

Rüge für Österreichs Budgetentwurf

Wie bereits im Vorjahr hat die EK zusätzlich eine Bewertung der nationalen Haushaltsentwürfe für das kommende Jahr für die Mitglieder der Eurozone vorgenommen. Österreich läuft demnach Gefahr, mit dem derzeitigen Budgetentwurf 2015 gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu verstoßen, da laut EK-Bewertung für Österreich eine signifikante Abweichung vom Konsolidierungspfad droht.³ Österreich müsste sein Defizit jährlich um 0,6 Prozentpunkte reduzieren, um das mittelfristige Budgetziel (strukturelles Defizit von -0,45% des BIP) zu erreichen. Gleichzeitig dürfen die Staatsausgaben nicht stärker steigen als das mittelfristige Potentialwachstum. Beide Kriterien wird Österreich nach Einschätzung der EK nicht erfüllen und wurde daher aufgefordert, den Haushaltsentwurf entsprechend den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts anzupassen.

Reformstau in den Mitgliedstaaten überwinden

Der europäische Binnenmarkt und koordinierte Investitionen mit europäischem Mehrwert können wichtige Wachstumsimpulse schaffen. Die EK nennt deshalb die Vertiefung des Binnenmarktes, insbesondere in den Bereichen Energie, Telekommunikation und Verkehr als wichtigste wirtschaftspolitische Priorität auf EU-Ebene.

Die großen strukturellen Herausforderungen müssen allerdings in den Mitgliedsstaaten angegangen werden. Die EK weist darauf hin, dass Österreich hinsichtlich der Empfehlungen zu den Strukturreformen im Rahmen des Europäischen Semesters 2014 nur begrenzte Fortschritte gemacht hat. Bereits im Frühjahr hatte die EK Österreich darauf hingewiesen, dass vor allem die Ausgaben für das Pensions- und Gesundheitswesen ein Risiko für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen darstellen. Ebenso empfahl die EK Reformen zur Anhebung der Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer, eine raschere Harmonisierung des Pensionsantrittsalters von Männern und Frauen und die Koppelung an die gestiegene Lebenserwartung. Die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit sei außerdem zu hoch. Ausdrücklich gelobt werden von der EK die Reformanstrengungen z.B. in Spanien und Portugal, die beginnen, erste Früchte zu tragen.

Fazit: Empfehlungen der Europäischen Kommission ernsthaft umsetzen

Als kleine offene Volkswirtschaft profitiert Österreich ganz besonderes vom europäischen Binnenmarkt. Es ist daher im Interesse der österreichischen Wirtschaft, dass Europa insgesamt wieder auf Wachstumskurs gebracht wird. Gemeinsame Initiativen zur Ankurbelung der Investitionen sowie eine bessere Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion sind deshalb aus Sicht der WKÖ positiv.

Österreich zählt zwar nach wie vor zu den reichsten Ländern der EU, allerdings geht der Wachstumsvorsprung gegenüber der EU dieses Jahr vorläufig verloren. Es ist eine ambitionierte und zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik notwendig, um die heimische Wirtschaft wieder auf einen robusten Wachstumspfad zu führen. Österreich sollte sich dazu an den wirtschaftspolitischen Prioritäten der EK orientieren und die Empfehlungen aus Brüssel ernsthaft umsetzen. Die Ankurbelung der Investitionen und die Schaffung investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen müssen auch in Österreich ganz oben auf der politischen Agenda stehen. Maßnahmen zur besseren Integration von älteren Arbeitnehmern und Menschen mit Migrationshintergrund sind notwendig. Reformen bei den Pensionen, im Gesundheitssystem, im Bildungsbereich und bei der Verwaltung müssen vorangetrieben werden. Die Staatsschulden müssen konsequent abgebaut und die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts eingehalten werden.

Die Ankündigung der EK, das Europäische Semester unter stärkerer Einbeziehung der Sozialpartner aufzuwerten und zu straffen, um eine bessere Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen durch die Mitgliedstaaten durchzusetzen, ist deshalb aus Sicht der WKÖ sehr positiv.

Wirtschaftskammer Österreich
Vertretungsbefugtes Organ:
Präsident Dr. Christoph Leitl
Tätigkeitsbereich: Information,
Beratung und Unterstützung der
Mitglieder als gesetzliche
Interessenvertretung.
Blattlinie: Die Kommentare
Wirtschaftspolitik informieren
regelmäßig über aktuelle
wirtschaftspolitische
Themenstellungen.
Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider
Druck: Eigenvervielfältigung
Erscheinungsort Wien
Offenlegung: wko.at/offenlegung

³ Stellungnahme der Kommission vom 28.11.2014 zur Haushaltsplanung Österreichs:
http://ec.europa.eu/economy_finance/economic_governance/sgp/pdf/dbp/2014/at_2014-11-28_co_de.pdf